

Globale Demokratisierung und die Rolle Europas

Die neuen Herausforderungen der Globalisierung stellen die Frage nach transnationaler demokratischer Gestaltungsfähigkeit mit wachsendem Nachdruck. Die Nationalstaaten verlieren ihre politische Steuerungsfähigkeit, während die Problemlagen globale Ausmaße annehmen. Internationale Institutionen, Organisationen und Unter-

nehmen gewinnen an politischer Bedeutung. Sind sie noch demokratisch kontrollierbar? Was bedeuten diese gegenläufigen Entwicklungen für die Demokratie? Wie kann Demokratie im globalen Maßstab definiert und wie kann unter den Bedingungen der Globalisierung demokratische Legitimation gesichert werden?

INHALT

In der Globalisierungsdebatte ist der Grundbefund seit langem unstrittig: Infolge globaler ökonomischer, technischer und kultureller Integrationsprozesse ist die politischen Handlungs- und Steuerungsfähigkeit von Nationalstaaten erheblich eingeschränkt worden. Dennoch bleiben in einer Zeit, in der Märkte, Umweltzerstörungen, Migration, elektronische Massenkommunikation, organisierte Kriminalität und Terrorismus in zunehmendem Maße alle nationalen Grenzen überschreiten, die Demokratie und die Fähigkeiten der Weltgesellschaft, politische Antworten für diese Herausforderungen zu finden, im Kern weiterhin auf den nationalstaatlichen Gestaltungsrahmen beschränkt. Zwischen den verringerten politischen Steuerungsmöglichkeiten nationalstaatlich organisierter Demokratien und den politischen Problemen, die in weltweit entgrenzten Arenen entstehen, klafft eine immer größer werdende Handlungslücke.

Die Debatte über „globale Demokratisierung“ widmet sich der Frage, wie und ob diese Lücke zwischen demokratischem Handlungsanspruch und globalen Handlungsnotwendigkeiten geschlossen werden kann. Wie kann unter den Bedingungen der Globalisierung demokratische Legitimation überhaupt noch gesichert werden und welche handlungsfähigen und realisierbaren transnationalen Institutionen und Regulationsstrukturen sind geeignet, globale Demokratiedefizite zu überwinden? Welche normativen Anforderungen und welche funktionalen Bedingungen müssen multinationale Institutionen und Formen globaler Entscheidungsfindung erfüllen? Was bedeuten neue transnationale Formen der politischen Verantwortlichkeit für die Demokratie selbst? Können die demokratischen Prinzipien und Mechanismen, die sich im nationalen Verfassungsstaat bewährt haben, auf globale Arenen übertragen werden? Wer sind die Akteure, die in der Welt von heute Projekte einer transnationalen Demokratisierung vorantreiben oder verhindern?

Und schließlich Europa? Kann die Europäische Union, als neuartiges transnationales Gemeinwesen, in diesem Globalisierungsprozess eine gestaltende Rolle spielen? Ist die EU selbst ein wesentlicher Baustein globaler Demokratisierung und ein Beispiel für transnationale Gestaltungsfähigkeit? Oder spiegelt die gegenwärtige Krise der EU nur das Dilemma wider, in dem sich alle Formen politischer Kompetenzverlagerung auf höhere, transnationale Ebenen wegen fehlender demokratischer Legitimation und Rückkoppelung heute befinden?



August 2005

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie / Referat Berliner Akademiegespräche
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-811
Fax: 030 26935-952

Redaktion: Tobias Mörschel
Text: Jan Turowski
Fotos: Reiner Zensen
Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign
Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Herfried Münkler

Herfried Münkler unterscheidet zwei Reaktionsweisen, mittels derer man in den letzten Jahren hoffte, Demokratiedefizite der europäischen und internationalen Institutionen zu beseitigen: *Einerseits* durch verschiedene Versuche einer Demokratisierung der supranationalen Institutionen, die dabei im Wesentlichen den Vorgaben des nationalstaatlichen Modells folgen. *Andererseits* durch die Entstehung und zunehmende transnationale Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich neben den im Feld der internationalen Politik bislang allein agierenden Staaten platzieren und auf diese Weise eine neue transnationale zivilgesellschaftliche Dimension schaffen.

Bei allen Demokratisierungsversuchen muss es im Kern darum gehen, Entscheidungen in klaren und nachvollziehbaren Alternativen formulieren zu können. Das bedeutet, dass Entscheidungen, die zur Diskussion stehen und über die abgestimmt wird, überschaubar und in ihren Folgen abschätzbar sein müssen. Werden politische Entscheidungen jedoch auf europäischer oder gar auf globaler Ebene so hoch aggregiert, dass der Einzelne die Zusammenhänge kaum noch überschauen und keine eindeutigen Alternativen erkennen kann, so dass er glauben muss sein Abstimmungsverhalten spiele letzten Endes keine Rolle mehr, dann ist Demokratie insgesamt in Frage gestellt.

Auch die Rolle von Nichtregierungsorganisationen im Prozess der globalen Demokratisierung beurteilt Herfried Münkler skeptisch. Sie sind weniger die Speerspitze einer transnationalen Demokratisierung, als die sie häufig in den letzten Jahren dargestellt wurden, sondern eher Ausdruck einer neuen



politischen Oligarchisierung oder Aristokratisierung. Denn der politische Einfluss innerhalb der Nichtregierungsorganisationen wie auch deren Aktionsformen nach außen sind an spezifische Fähigkeiten und Kompetenzen gebunden, über die nicht jede Bürgerin und jeder Bürger gleichermaßen verfügt. Politische Partizipation und Meinungsbildung finden in diesen Organisationen nicht durch breite Einbindung von Mitgliedern oder durch Zustimmung in einem demokratischen Wahlakt statt. Unterstützung und Zustimmung erfahren Nichtregierungsorganisationen stattdessen durch Spenden, die ihnen Bürger, die ihre Ziele teilen und ihre Aktionen für unterstützenswert halten, zukommen lassen. Das Konzept der globalen Demokratisierung erscheint daher fragwürdig.

Herfried Münkler

***1951, Professor für Politikwissenschaft
an der Humboldt-Universität zu Berlin**

Claus Offe

Claus Offe definiert globale Demokratisierung als Institutionalisierung von Arrangements, die es erlauben, grenzüberschreitende Ausübung politischer, ökonomischer und militärischer Macht an Regeln zu binden und die Inhaber dieser Macht zur Verantwortung zu ziehen. Diese Definition knüpft an das demokratische Moment nationaler Verfassungsstaaten an, in denen Verträge Machtausübung regeln. Eine solche definitorische Herleitung wirft die Frage auf, welche Macht jenseits der Nationalstaaten Regeln setzen und Verantwortlichkeit einklagen kann. Denn zur Bändigung von Macht und zur Kontrolle von Machtinhabern wird selbst eine norm- und regelsetzende Macht benötigt. Eine Macht, die supranationale oder internationale Kontrollregime zu etablieren fähig wäre, ist jedoch angesichts asymmetrischer globaler Machtverhältnisse nicht in Sicht. Vor allem die hegemoniale

Rolle der Vereinigten Staaten samt ihrer außerordentlichen militärischen Überlegenheit steht allen supranationalen Kontrollversuchen und Rechenschaftspflichten entgegen.

Offe weist ferner darauf hin, dass Demokratien im herkömmlichen Verständnis nationalstaatliche Organisationsformen sind, die autoritäre, totalitäre, autokratische oder koloniale Vorgängerregime ablösen. Politische Gemeinschaften demokratisieren sich selbst, indem sie vordemokratische Herrschaft durch eine demokratische ersetzen. Unter dem Druck der US-amerikanischen Welt- und Führungsmacht ist dieser Demokratisierungsprozess auf problematische Weise umgekehrt worden. Politische Gemeinschaften demokratisieren sich nicht selbst, sondern werden in die Rolle eines politischen Objektes gedrängt, das von außen, notfalls mit Gewalt, demokratisiert wird. Die reflexive Verwendung des Begriffs „demokratisieren“ (wir demokratisieren uns) wird auf diese Weise durch ein Verständnis transitiver Art (wir demokratisieren sie) verdrängt.

Dieser Verschiebung des Akzents von Demokratisierungsprozessen liegt jedoch ein ungelöstes Dilemma zugrunde, das im Zentrum jeder Debatte über globale Demokratisierung steht: das spannungsreiche Konfliktverhältnis zwischen dem Souveränitätsrecht von Staaten auf der einen Seite und den Menschenrechten auf der anderen. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat gelehrt, dass Staaten häufig und auf vielfältige Weise die Menschenrechte verletzt haben. Gleichzeitig sind Staaten die einzigen Akteure und gleichsam zu diesem Zweck erfunden, die fähig sind, die Menschenrechte, also die Rechte ihrer Bürger, zu schützen.



Claus Offe

*1940, Professor für Politikwissenschaft
an der Humboldt-Universität zu
Berlin)

David Held

Wie lassen sich gemeinsame transnationalen Angelegenheiten politisch gestalten? David Held vertraut weiterhin den internationalen Institutionen, die nach 1945 geschaffen wurden und die sich auf der Basis geteilter Normen und zunehmender Verrechtlichung kontinuierlich weiterentwickelt haben.

Voraussetzung für die Weiterentwicklung der internationalen Institutionen ist allerdings, dass zwei bestimmende „Politik-Pakete“, welche die gegenwärtige Struktur und Ausprägung der Globalisierung grundlegend geformt haben, durch neue ersetzt werden. Das eine „Politik-Paket“ umfasst alle Politiken der neo-liberalen Agenda, die sich um den Washington-Konsens herum gruppieren, wie zum Beispiel Finanzliberalisierung, Handelsliberalisierung, Haushaltsdisziplin oder Privatisierung. Das zweite Politik-Paket besteht aus der Washingtoner Sicherheitsdoktrin, die im Wesentlichen Ausdruck der Hegemonie der Vereinigten Staaten ist, nach Ordnung durch Dominanz strebt, präventiven Einsatz von Gewalt bevorzugt und Sicherheit vor allem geopolitisch und weniger geoökonomisch interpretiert.

Held betont, dass diese beiden Politik-Pakete durch progressive multilaterale Rahmenwerke einer alternativen Globalisierung und einer humanen Sicherheitsagenda ersetzt werden müssen. Im Bereich der globalen Ökonomie braucht es eine – wie er es nennt – sozialdemokratische Agenda, die auch eine globale makroökonomische Politik befürwortet, dabei jedoch staatliche Regulation und Investitionsstrategien verteidigt, die nicht auf globale Märkte stürmt, sondern sich zu einer vorsichtigen und verlangsamten globalen Marktintegration verpflichtet, und die schließlich Handelsliberalisierung mit notwendiger Rücksicht auf jeweilige lokale In-



dustrien und Entwicklungen vollzieht. Auch im Bereich der Sicherheitspolitik ist eine alternative Vision von Sicherheit vonnöten, die auf Multilateralismus und gemeinsam geteilten Regeln basiert und danach strebt, den globalen Unsicherheiten des Lebens zu begegnen.

David Held ist überzeugt, dass eine derartige, auf sozialdemokratischen ökonomischen Strategien basierende Sicherheitsagenda in der gegenwärtigen Welt aus folgenden Gründen möglich ist: (1) das bestehende, im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert geschaffene internationale Recht stellt erst den Anfang und nicht das Ende eines universellen Rahmenwerks dar, (2) es hat sich eine globale Zivilgesellschaft heraus gebildet, die die Voraussetzung eines solchen globalen demokratischen Projekts ist, und (3) die notwendigen ökonomischen Ressourcen sind vorhanden.

David Held

***1951, Professor für Politische
Wissenschaft an der London School
of Economics**

Michael Zürn



Michael Zürn unterscheidet das demokratische Prinzip, nach dem jeder von Entscheidungen Betroffene die Möglichkeit zur freien Mitwirkung an solchen Entscheidungen haben sollte, von den demokratischen Institutionen, die gemeinhin in den nationalstaatlichen parlamentarischen Demokratien verortet sind. Vor dem Hintergrund dieser Unterscheidung stellt er ein Paradox fest: Einerseits breitet sich das demokratische Prinzip als grundlegender Maßstab zur Bewertung politischer Prozesse und zur Legitimation von Macht global aus, andererseits wächst die konkrete Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen in den demokratischen Ländern.

Die Ursache für dieses demokratische Paradox sieht Zürn wesentlich in der Ausbreitung und Bedeutungszunahme von internationalen Institutionen begründet. Eine Vielzahl der Gesetze, die in nationalen Parlamenten verabschiedet werden, sind

häufig nur noch Ausführungsgesetze von Maßnahmen, die im fernen Dickicht internationaler Institutionen in Brüssel oder auch in Washington entschieden werden, und die aus der Sicht der Bürger dem demokratischen Zugriff entzogen scheinen. In einer solchen Situation komplexer Überlagerung mehrerer politischer Entscheidungsebenen, die von nationalen Regierungen zudem häufig für entlastende Schuldzuweisungen ausgenutzt wird, gewinnt der Bürger den Eindruck, dass er eigentlich keine echten Wahloptionen mehr hat. Aus dieser Einschätzung leitet Zürn für mögliche Perspektiven globaler Demokratisierung drei zentrale Thesen ab.

Erstens: Will man die globale Demokratisierung voranbringen, reicht die weltweite Demokratisierung der Staaten nicht aus. Es ist ein innerer Widerspruch, wollte man Staaten durch nicht-demokratische internationale Institutionen von außen demokratisieren.

Zweitens: Die Ebene der Demokratisierung der Staaten auf der einen Seite und die Ebene der Demokratisierung der internationalen Institutionen auf der anderen dürfen nicht getrennt von einander gedacht werden, da dies sonst exekutiven Entscheidungsträgern die Möglichkeit bietet, auf zwei Ebenen unterschiedlich zu agieren und diese gegeneinander auszuspielen.

Drittens: Bei allen Überlegungen zur Demokratisierung internationaler Institutionen selbst, stößt man unweigerlich auf ein grundsätzliches Problem, nämlich das Fehlen einer transnationalen Öffentlichkeit. Zürn argumentiert, dass eine schlichte Demokratisierung von internationalen Institutionen nicht weit führt, wenn nicht zunächst die wesentliche soziale Voraussetzung hierfür durch eine funktionierende transnationale Öffentlichkeit geschaffen wird.

Michael Zürn

*1959, Professor für Politikwissenschaften, Direktor der Abteilung „Transnationale Konflikte und Internationale Institutionen“ am Wissenschaftszentrum Berlin

Hermann Scheer

Hermann Scheer betont, dass es bei der Verteidigung des Nationalstaates um die Verteidigung des demokratischen Selbstverwaltungsprinzips geht, das im demokratischen Verfassungsstaat optimal zum Ausdruck kommt. Das demokratische Selbstverwaltungsprinzip auf der Basis der Gewaltenteilung hat gegenüber allen anderen Regierungsformen einen immensen Legitimationsvorteil und ist allein schon aus normativen Gründen erhaltenswert.

Doch Hermann Scheer verteidigt dieses Selbstverwaltungsprinzip nicht nur aus evidenten legitimatorischen, sondern vor allem auch aus funktionalen Gründen. Auch wenn Einzelentscheidungen, die auf demokratischem Entscheidungswege zustande kommen, nicht notwendigerweise denen überlegen sein müssen, die auf nicht-demokratischem Wege gefällt werden, ist es der demokratische Prozess an sich, der den überlegenden funktionalen Stellenwert von Demokratie ausmacht. Der demokratische Prozess, in dem sich verschiedene politische „Stellgrößen“ stets rückkoppeln müssen und somit laufend verändern können, ist die Garantie für Selbstkorrekturfähigkeit und Lernfähigkeit eines politischen Systems. Hierzu gehört die offene Artikulation von Fehlentwicklungen durch Transparenz und Öffentlichkeit und die Abwahlmöglichkeit von Regierungen. Nur wenn diese Dinge gewährleistet sind, kann ein politisches System auf veränderte Verhältnisse durch Korrektur von Missständen reagieren.

Die entscheidende Frage im Zusammenhang mit globaler Demokratisierung sei nun, ob das demokratische Selbstverwaltungsprinzip auf große politische Einheiten übertragbar ist. Scheer zufolge ist dieses Prinzip gar nicht oder nur sehr begrenzt auf multinationale Institutionen ausdehnbar ist, vor al-



lem wenn diese ihre Handlungskompetenzen nicht sinnvoll begrenzen. Mit Blick auf die EU illustriert er diese fehlende Selbstbegrenzung mit dem Hinweis auf detaillierte Richtlinienentwürfe der europäischen Kommission, die nationale Parlamentarier umsetzen müssen und die weit, über ein sinnvolle Maß hinaus in die nationalen politischen Kulturen und Rechtstraditionen hineinwirken. Auch internationale Verträge jenseits der EU, die zunehmend über Mindestverpflichtungen hinausgehen und ganze Gesetzespakete formulieren, können kaum noch korrigiert werden. Auf diese Weise wird der funktionale Vorteil des demokratischen Selbstverwaltungsprinzips, nämlich das flexible Erkennen von und Reagieren auf Fehlentwicklungen, außer Kraft gesetzt.

Hermann Scheer

***1944, Mitglied des Deutschen Bundestags, Träger des Alternativen Nobelpreises**

Thomas Risse



Thomas Risse legt dar, dass es bei der Diskussion um globale Demokratisierung weniger um Fragen der Transparenz von Institutionen geht, als vielmehr um die Institutionalisierung klarer politischer Verantwortlichkeiten der Regierenden den Regierten gegenüber. Hierbei unterscheidet er zwischen interner und externer Verantwortlichkeit oder Rechenschaftspflichtigkeit der wichtigsten „global players“. Mit dieser Unterscheidung ist gemeint, dass Politik nicht nur gegenüber den Mitgliedern der eigenen politischen Einheit, dem Nationalstaat, der Organisation oder dem politischen System, verantwortlich ist, sondern auch gegenüber denjenigen, die zwar nicht Mitglieder eben dieser politischen Einheit, aber eventuell von der Politik betroffen sind.

1. Staaten. Bei Staaten, sofern sie demokratisch sind, ist die interne Verantwortlichkeit klar gere-

gelt, während die externe Verantwortlichkeit unklar bleibt. Im Zuge eines sich kontinuierlich erweiternden internationalen Normengefüges wächst jedoch auch die externe Verantwortlichkeit zunehmend.

2. Internationale zwischenstaatliche Organisationen. Internationale Organisationen sind intern gegenüber ihren Mitgliedsstaaten verantwortlich, die externe Verantwortlichkeit hingegen ist nicht eindeutig. Dennoch haben internationale zwischenstaatliche Organisationen starke Anreize, ihr Verhältnis zu denen, die von ihren Politiken betroffen sind, zu verbessern und dies schon allein aus dem eigennützigen Grund, ihre Autonomie gegenüber den sie kontrollierenden Staaten zu vergrößern.

3. Multinationale Unternehmen. Auch bei multinationalen Unternehmen ist die interne Verantwortlichkeit, dadurch dass Vorstände gegenüber ihren Aktionären rechenschaftspflichtig sind, klar geregelt, und auch hier ist vor allem die externe Verantwortlichkeit gegenüber denen von Unternehmensentscheidungen Betroffenen problematisch. Doch auch Multinationale Unternehmen sind nicht frei von externer Verantwortlichkeit. Gerade Unternehmen, die Markennamen zu verteidigen haben, sind gegenüber Verbraucherboykotts extrem verwundbar.

4. Nichtregierungsorganisationen. Bei Nichtregierungsorganisationen stellt sich die Frage der Verantwortlichkeiten umgekehrt wie bei den anderen globalen Akteuren. Hier ist die interne Verantwortlichkeit, die interne Legitimation und Kontrolle ungenau, während hingegen die externe Verantwortlichkeit, das Weltgemeinwohl zu vertreten, klar definiert ist. Allerdings ist die Abhängigkeit von Spenden ein Mechanismus, der Nichtregierungsorganisationen auf eine gewisse Weise intern verantwortlich macht.

Thomas Risse

*1955, Professor für Internationale Politik an der Freien Universität Berlin

Diskussion



Es werden vor allem drei Aspekte hervorgehoben, die für die demokratische Legitimität und Effektivität transnationaler Institutionen von grundlegender Bedeutung sind: *Erstens* die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit, *zweitens* die Rolle von Nichtregierungsorganisationen und *drittens* die weltpolitische Relevanz der amerikanischen Innenpolitik.

Öffentlichkeit ist ein zentraler Bestandteil jeder funktionierenden Demokratie. Die verschiedenen Konzepte einer Demokratisierung auf europäischer oder globaler Ebene verweisen daher alle auf die notwendige Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit, die internationale Institutionen, Akteure und Entscheidungen kontrollieren und demokratisch legitimieren kann. Wie können inter-

nationale Themen in die nationalen Öffentlichkeiten hineingetragen werden? Entscheidend in diesem Prozess der Transnationalisierung von Öffentlichkeiten scheint zu sein, dass in den jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten über internationale Themen nicht nur aus nationaler Perspektive und im nationalen Kontext, sondern vielmehr aus einer europäischen oder transnationalen Perspektive diskutiert wird. Dabei ist es wichtig, dass auch Sprecher aus anderen transnationalen Räumen im jeweiligen nationalen Raum ein legitimes und selbstverständliches Rederecht haben.

Bei der Herstellung von Öffentlichkeit können NGOs zwar wichtige Akteure sein, indem sie globale Themen aufgreifen und in die nationalen Öffentlichkeiten hineinbringen. Ihre weiterreichende Rolle im Prozess globaler Demokratisierung wird in der Diskussion aber eher skeptisch eingeschätzt. Internationale Nichtregierungsorganisationen haben – allein schon wegen ihrer spezifischen medienorientierten Handlungsorientierung – sehr wenige Mitglieder und meist undemokratische innere Strukturen. Die Verbundenheit der Bürger mit diesen Organisationen durch Spenden ist eine äußerst dünne, brüchige und informelle, so dass auch die



Diskussion



Kontrollkapazität der Basis gegenüber der Führung problematisch ist. Es stellt sich daher heute verstärkt die Frage, wen Nichtregierungsorganisationen mit welchem Recht vertreten.

So verschieden die Modelle, Analysen und Beurteilungen der globalen Demokratisierung auch sein mögen, es herrscht Einigkeit darüber, dass es ohne die hegemonialen USA keine tragbare und langfristige Lösung transnationaler Probleme geben kann. Die Schwierigkeit, transnationale Institutionen ohne Beteiligung der USA wirksam zu machen, wird beispielsweise bei den Umsetzungsproblemen des Internationalen Gerichtshofs oder dem Kyoto-Protokoll deutlich. Wie sich die USA außenpolitisch verhalten und in welchem Ausmaß sie sich an internationale Regeln binden und in Institutionen einbinden lassen, hängt entscheidend von ihren innenpolitischen Macht- und Akteurskonstellationen ab. Ist die gegenwärtige amerikanische Tendenz zum Isolationismus, die Betonung militärischer Optionen sowie die fehlende Bereit-

schaft, die eigenen politischen Handlungen durch internationale Verträge und Verpflichtungen beschränken zu lassen, nur eine Politik der jetzigen republikanischen Regierung, nur der Tiefpunkt einer Wellenbewegung und durch andere Regierung kurz- oder mittelfristig korrigierbar? Oder sind die innenpolitischen und folglich außenpolitischen Entwicklungen in den USA auf lange Sicht irreversibel und unumkehrbar?

In der Diskussion finden sich in dieser Frage pessimistische und optimistische Einschätzungen. Die pessimistische Position verweist darauf, dass sich die innenpolitischen Auseinandersetzungen der USA in einen intensiven Kulturkampf mit religiösen Komponenten verwandelt zu haben scheinen, in dem politische Diskurse und der politischen Kultur zunehmend von Beschreibungen des innen- und außenpolitischen Gegners als böse, also nicht nur als Gegner sondern als Feind, bestimmt werden. Ein weiterer Aspekt ist die Defizitpolitik der





gegenwärtigen Bush-Administration, die viele zukünftige Regierungen vor die Notwendigkeit stellen wird, die gemachten Schulden zu bedienen, und dadurch die Spielräume für alternative Politiken erheblich einschränkt. Die Rhetorik des Bösen und die Praxis der gigantischen Staatsverschuldung

lassen es in der pessimistischen Einschätzung zweifelhaft erscheinen, dass interne Korrekturmechanismen amerikanischer Außenpolitik mittelfristig möglich sind.

Die optimistische Einschätzung betont, dass die amerikanische Politik von einer Vielzahl unterschiedlicher Macht-Ressourcen bestimmt und die Gesellschaft heterogen und widersprüchlich ist. Die Wahlsiege der konservativen, die Hegemonieposition betonenden Bush-Administration waren nicht eindeutig. Auch andere, auf Multilateralismus ausgerichtete Konzeptionen amerikanischer Außenpolitik scheinen daher möglich. Hinzu kommt, dass die USA selbst gegenüber den Herausforderungen der Globalisierung sehr verletzlich sind und ihre gegenwärtige Position in der Weltpolitik auf komplexen Mustern der Kooperation basiert, so dass sie sich nicht auf Dauer isolieren können.



